



Gemeinsam ein Zeichen setzen

Lichterzug 2011

Am **1. November** findet der **Lichterzug gegen Rassismus und Diskriminierung bereits zum fünften Mal in Darmstadt statt**. Organisiert wird er vom Verein „Freunde für Frieden e.V.“ und ich habe in diesem Jahr gerne die Schirmherrschaft übernommen. Eingeladen sind alle Bürgerinnen und Bürger, die ein Zeichen setzen wollen gegen Rassismus und Diskriminierung. Der Lichterzug wird von vielen bekannten Darmstädterinnen und Darmstädtern unterstützt.

Ich würde mich freuen, wenn wir gemeinsam um 17 Uhr am Luisenplatz starten und zeigen, dass unsere Stadt tolerant und weltoffen ist!

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

25. Oktober 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

dem Deutschen Bundestag steht einmal mehr eine turbulente Woche bevor: Morgen wird die Bundeskanzlerin - endlich - in einer Regierungserklärung dem Parlament erläutern, mit welcher Position sie in die Verhandlungen auf europäischer Ebene gehen wird, anschließend werden wir erneut über den EFSF-Rettungsschirm abstimmen. Ob die SPD-Fraktion auch dieses Mal wieder dem Rettungsschirm zustimmt, diskutieren wir gerade in der Fraktionssitzung - sehr ernsthaft und engagiert! Gut ist, dass die Regierung eingesehen hat, dass eine öffentliche Debatte und Abstimmung im Plenum nicht nur der Tragweite der Entscheidung angemessen ist, sondern die Bürgerinnen und Bürger auch ein Recht auf Transparenz bei dieser wichtigen Entscheidung haben. Deshalb soll nicht nur der Haushaltsausschuss hinter verschlossenen Türen entscheiden.

In den vergangenen Tagen konnte man im Darmstädter Echo und in anderen Zeitungen mehrfach Artikel zum Ende des Zivildienstes lesen: „Wir vermissen unsere Zivis“ - das ist der Tenor vieler Berichte und Gespräche. Diese Entwicklung haben die SPD-Fachpolitiker prophezeit - auch ich hatte Gespräche dazu in Darmstadt. Schon vor Monaten haben wir die Familienministerin darauf hingewiesen, dass der als Ersatz geplante Bundesfreiwilligendienst in der jetzigen Ausgestaltung bei weitem nicht das leisten kann, was durch das Ende der Wehrpflicht und damit des Zivildienstes wegbricht. Viele Träger stehen jetzt vor dem Problem, Ersatz zu finden, vielen Menschen fehlt der persönliche Kontakt zu den jungen Menschen. Ich hoffe sehr, dass der Bundesfreiwilligendienst sich langfristig so weiterentwickelt, dass er vor allem für Jugendliche interessant ist.

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries



Letzte Chance

Ausstellung „50 Jahre Einwanderung aus der Türkei nach Ober-Ramstadt“

Ober-Ramstadt ist eine der Gemeinden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, in die viele türkische „Gastarbeiter“ gekommen sind – und viele sind auch geblieben. Heute sind in Ober-Ramstadt mehr als 10 % der Einwohner ausländischer Herkunft. Die meisten von ihnen kamen in den 60er Jahren durch das Anwerbeabkommen in die Region und gehören der gemäßigten muslimischen Glaubensrichtung der Aleviten an. Eine Ausstellung im Ober-Ramstädter Museum in der Grafengasse erzählt nun ihre Geschichte. An diesem Sonntag zwischen 14:30 Uhr und 17:30 Uhr ist sie zum letzten Mal geöffnet – und sicher einen Ausflug wert!

50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei

Am Sonntag wird es 50 Jahre her sein, dass die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei ein Abkommen über die „Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer“ geschlossen haben, das sogenannte „Anwerbeabkommen“. Der Vertrag der beiden Regierungen sah vor, dass türkische Arbeiter und Arbeiterinnen in deutschen Betrieben arbeiten sollten – zunächst nach dem Rotationsprinzip und nur für jeweils zwei Jahre. Die zeitliche Beschränkung allerdings hat man dann schon drei Jahre später wieder aufgehoben und es begann ein neuer Abschnitt der deutsch-türkischen Beziehungen: **Aus den „Gastarbeitern“ wurden Einwanderer, etwa die Hälfte der Arbeiter ist dauerhaft in Deutschland geblieben. Sie haben das Leben hier auf vielfältige Weise mitgeprägt.** Viele dieser Lebensgeschichten sind Geschichten erfolgreicher Integration, aber oft ist das Miteinander immer noch eher ein Nebeneinander und geht nicht ganz reibungslos.

Heute sind fast ein Viertel aller Darmstädter Zugewanderte. Sie kommen natürlich nicht nur aus der Türkei – es ist in einer Wissenschafts- und Universitätsstadt selbstverständlich, dass Menschen aus unterschiedlichen Ländern zusammenleben und zusammen arbeiten. Das funktioniert oft sehr gut und ist eine Bereicherung, allerdings ist es nicht für jeden gleich einfach, sich in das Leben in Deutschland einzufinden. Trotz vieler Erfolge im gesellschaftlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft sind auch heute nicht alle Konflikte ausgeräumt, und **noch immer ist nicht sichergestellt, dass jeder an diesem Zusammenleben und an Bildung und Arbeit teilhaben kann.**

Ich freue mich deshalb darüber, dass sich der Bundestag am Donnerstag in einer Debatte mit diesem Jahrestag befassen wird. In Deutschland leben heute 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, das ist ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. **Eine sinnvolle Integrationspolitik ist eine der wichtigsten Aufgaben bei der Gestaltung der Zukunft unseres Landes.** Deshalb hat die SPD auch einen Schwerpunkt in ihrem Arbeitsplan „Deutschland 2020 – Projekt Zukunft“ auf die Integrationspolitik gelegt. Die SPD feiert das Ereignis aber auch am Donnerstag-Abend in Berlin. Ich möchte nochmal daran erinnern, dass Integration in erster Linie eine soziale Frage ist: Man darf nicht nur auf Fremdheit blicken, wenn man von Integration spricht – **Teilhabe muss allen Menschen ermöglicht werden, von Anfang an und ganz abgesehen von ihrer sozialen oder nationalen Herkunft!**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel/Hubert Juranek](#) (S. 2)
[aboutpixel](#) (S. 3)

Novelle des Telekommunikationsgesetzes: SPD fordert schnelles Internet

Gerade Bürgerinnen und Bürger, die in kleineren, etwas abgelegenen Kommunen leben, kennen das: Der Download des neuen Fotos von der Enkelin dauert mehr als 10 Minuten, die Seite mit dem Flugangebot für die anstehende Urlaubsreise geht nicht auf und die Datei des Architekturbüros für das neue Bad kann gar nicht erst losgeschickt werden. **Zwar bietet das Internet eine Fülle an Nutzungsmöglichkeiten – doch dafür benötigt man auch zwingend eine stabile und schnelle Internetverbindung mit ausreichender Bandbreite.** Davon abhängig ist nämlich nicht nur das private „Vergnügen“ mit dem Netz, sondern es ist ganz klar auch eine wirtschaftspolitische Frage: **Stimmt die Infrastruktur in der Region, damit sich dort auch kleine und mittlere Unternehmen oder auch Studenten ansiedeln?** Die Bürgerinnen und Bürger im Odenwaldkreis können ab November endlich richtig im Internet surfen: 320 Kilometer Glasfasernetz werden dann alle Kommunen im Odenwaldkreis erreichen und mit breitbandigen Verbindungen versorgen – endlich. Doch an anderer Stelle fehlt nach wie vor eine ordentliche Internetverbindung.

Der Ausbau breitbandiger Verbindungen in ganz Deutschland ist auch Bestandteil der Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG), das der Bundestag diese Woche abschließend beraten will. Mit dieser Novelle werden europäische Vorgaben zum Breitbandausbau umgesetzt. Denn klar ist: Ohne das Schließen der sog. „Weißen Flecken“ in ganz Deutschland werden einige Regionen von der wirtschaftlichen Weiterentwicklung abgehängt und es wird weniger attraktiv für Privatpersonen und Unternehmen, sich dort anzusiedeln. Die Novelle greift außerdem nationale **verbraucherrechtliche Themen auf, z.B. Regelungen zur sogenannten Warteschleifenproblematik, zum Anbieterwechsel sowie zur vertragsunabhängigen Mitnahme der Mobilfunknummer beim Anbieterwechsel.** Zum Vorschlag der Bundesregierung hat die SPD eigene Anträge eingebracht – an einigen Stellen wünschen wir uns ein entschlosseneres Vorgehen im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das gilt vor allem für die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität, im Bereich des Verbraucherschutzes und eben auch beim Breitbandausbau. **Die SPD fordert für den Fall, dass die Anbieter auf dem Markt nicht zeitnah durch wettbewerbliche Lösungen die Breitbandgrundversorgung sicherstellen können, eine gesetzliche Verpflichtung für die Grundversorgung in Deutschland.** Die Anträge der SPD mit den Drucksachen-Nummern 17/4875, 17/5367 und 17/5902 gibt es im Internet unter www.bundestag.de.